

Besprechung / Comptes rendu

Der allgemeine Gleichheitssatz im Markenprüfungsverfahren bei Gemeinschaftsmarken der EU sowie im deutschen und im schweizerischen Markenprüfungsverfahren

PILIPP DANNACHER

Helbling Lichtenhahn Verlag, Basel 2012, IX + 241 Seiten, CHF 64.–, EUR 54.–, ISBN 978-3-7190-3217-3

Der allgemeine Gleichheitssatz, auf welchen sich Markenanmelder im Rahmen des Prüfungsverfahrens vor dem Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) regelmässig und oft ohne vertiefte Auseinandersetzung berufen, ist ein Verfassungsrecht. Daher erstaunt, dass diese wichtige Thematik bisher nie im Lichte der Markenprüfung umfassend behandelt wurde. Diese Lücke schliesst das vorliegende Werk.

Im ersten Teil zeigt der Autor die praktische Relevanz des Gleichheitssatzes sowie die wirtschaftliche Bedeutung der Marke auf. Im zweiten Teil wird das Verhältnis des Gleichheitssatzes zu anderen verfassungsmässigen Rechten, insbesondere zum Willkür- und Diskriminierungsverbot sowie zum Vertrauensschutzprinzip erörtert. Dabei wird auch das Thema der Zulässigkeit von Gleichbehandlung im Unrecht sowie von Praxisänderungen untersucht.

Weiter wird der Gleichheitsgrundsatz rechtsvergleichend mit dem europäischen und deutschen Recht analysiert. Im Ergebnis sieht der Autor folgende Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten (nicht abschliessende Aufzählung), wobei er die deutsche Praxis in einem kritischen Licht erscheinen lässt:

- Die aus Deutschland stammende «konstitutionelle Uneinheitlichkeit», wonach Gerichte nicht in gleichem Masse an die Rechtsanwendungsgleichheit gebunden sind wie die Verwaltungsbehörden, ist dem Schweizer und dem europäischen Recht fremd.
- Im Gegensatz zum europäischen und zum deutschen Recht kennt das Schweizer Recht die Rechtsfigur der «Gleichbehandlung im Unrecht».
- In allen untersuchten Rechtsordnungen kann der Grundsatz der Verwaltungspraktikabilität Ungleichbehandlungen bis zu einem gewissen Grad rechtfertigen.

Nachdem der Autor im dritten Teil die Grundlagen des Markenrechts und -prüfungsverfahrens detailliert aufzeigt, kommt er im vierten Teil zum Kernthema, nämlich zu den Auswirkungen der Rechtsgleichheit auf das Markenprüfungsverfahren. Dabei analysiert er Rechtsprechung und Literatur des europäischen, deutschen und schweizerischen Rechtssystems. Er kommt zum Schluss, dass die Voraussetzungen für die Anwendung des Rechtsgleichheitsgebots im Markenrecht gemäss der Schweizer Rechtsprechung im Vergleich zum deutschen und zum europäischen Recht weniger streng sind.

Im fünften Teil führt der Autor die Erkenntnisse in einer übersichtlichen Weise zusammen und gliedert sie in allgemeine Thesen sowie in Thesen zum Schweizer, deutschen und europäischen Recht.

Zusammenfassend und würdigend ist festzuhalten, dass das vorliegende Werk viele offene Fragen zum Gleichheitssatz im Markenprüfungsverfahren beleuchtet und überzeugend beantwortet. Entsprechend ist es dem Markenmelder, den Markenämtern sowie den Gerichten ein wertvolles Instrument bei der Anwendung des Gleichheitssatzes im Markenprüfungsverfahren.

RA Bernard Volken, Bern